



Arbeitnehmer - Verlierer der Energiewende?

Auswertung der IG Metall-Entgelterhebung Erneuerbare Energien

Juni 2013

Inhalt

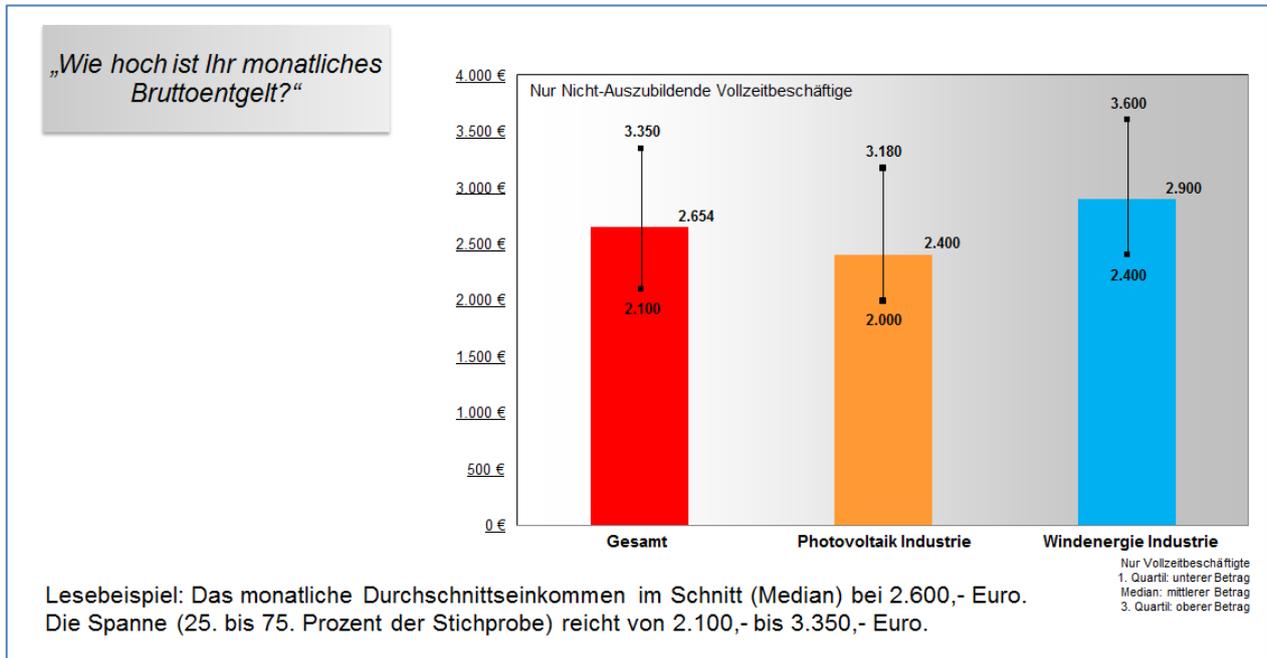
Wichtigste Ergebnisse im Überblick.....	2
Zukunftsbranchen mit Niedriglohn?	3
»Ich habe genauso zu kämpfen wie ein Hartz-IV-Empfänger«	5
Überstunden und lange Regelarbeitszeiten	5
Abstriche in der Lebensführung.....	5
Stichprobe und Kontakt	7
Anhang:	7
Interview mit Donald Magdanz, Betriebsratsvorsitzender bei Vestas in Lübeck	7

Wichtigste Ergebnisse im Überblick

- In den Nachhaltigkeitsbranchen Windenergie und Solar ist die soziale Seite der Nachhaltigkeit insgesamt noch unterentwickelt. Dies ist insbesondere in der Solarbranche der Fall. Dort ist eine starke soziale Spaltung zwischen den Beschäftigtengruppen gegeben, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Produktionsbeschäftigte vielfach sehr niedrige Einkommen erzielen, die für die Betroffenen zu einem täglichen Existenzkampf um das Nötigste führen.
- Die Entgelte in Branchen Wind- und Solarenergie entsprechen fast durchgehend im Branchenschnitt nicht den üblichen Niveaus in den produzierenden Industrien. Sie liegen deutlich darunter. Beschäftigte haben damit zu wenig an der wirtschaftlichen Gesamtleistung der erneuerbaren Industrien teil, die lange keine Nische mehr darstellen, sondern ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor sind.
- Langfristig qualifizierte und engagierte Fachkräfte an diese Industrien zu binden, wird nur gelingen, wenn der Idealismus vieler Beschäftigter für ihre aktive Mitwirkung an der Energiewende auch materiell angemessen entgolten wird. Die Branche muss daher erkennen, dass sie nicht auf Dauer die Bedürfnisse der Beschäftigten nach hinten stellen kann. Transparente tarifvertragliche Regulierungen der Arbeits- und Entgeltbedingungen sind im Interesse der Beschäftigten und zugleich ein wichtiger Baustein für die Zukunftssicherung der Erneuerbaren Energien als innovative Industrien.

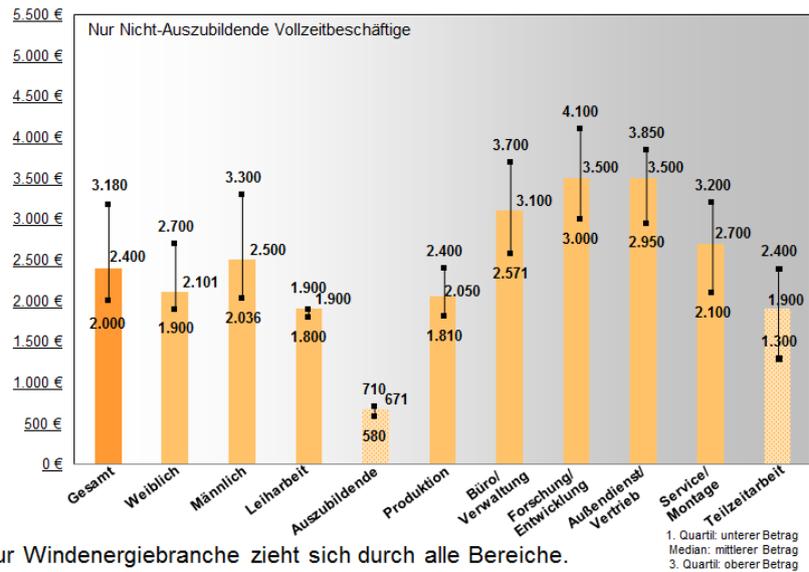
Zukunftsbranchen mit Niedriglohn?

Entgelterhebung in der Windkraft- und Solarindustrie zeigt: Nur ein Fünftel der Beschäftigten kann von seiner Arbeit gut leben.



Obwohl die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Ressourcen längst von allen wichtigen politischen Kräften als zentrale gesellschaftliche Aufgabe angesehen wird, arbeitet ein erheblicher Teil der dort Beschäftigten für vergleichsweise geringe Entgelte – zum Teil an der Niedriglohnschwelle oder darunter. Die »Macher der Energiewende« werden oft mit Arbeitseinkommen abgespeist, mit denen man mehr schlecht als recht über die Runden kommen kann. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der IG Metall. Das mittlere Monatsbrutto der Beschäftigten in der Windkraft- und Solarindustrie liegt danach bei 2650 Euro, bei den Arbeitnehmern der Solarindustrie sogar nur bei 2400 Euro – inklusive aller Zulagen. Rund ein Drittel erzielt deutlich weniger. Insbesondere die Löhne der Produktionsarbeiter fallen stark ab. Deren mittleres Monatseinkommen in der Solarindustrie liegt bei 2050 Euro.

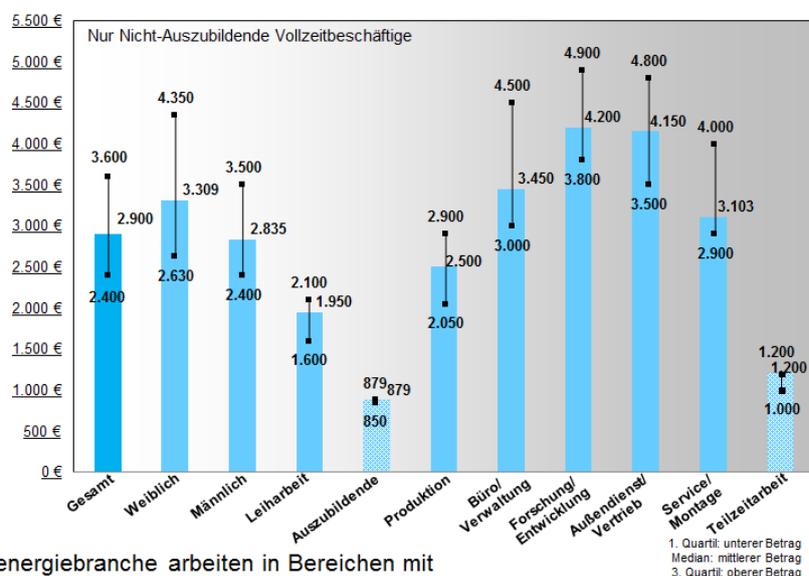
„Wie hoch ist Ihr monatliches Bruttoentgelt?“



Die Einkommenslücke im Vergleich zur Windenergiebranche zieht sich durch alle Bereiche.

Ein Viertel der Produktionsarbeiter im Bereich Solar verdient sogar weniger als 1810 Euro für eine Vollzeittätigkeit. Leiharbeiter erhalten im Schnitt beider Branchen Bruttoentgelte zwischen 1700 und 2100 Euro (PV1800-1900 Euro, Wind 1600-2100 Euro), das Mittel (Median) liegt bei 1900 Euro (PV 1900 Euro, Wind 1950 Euro). In der Regel handelt es sich dabei um Vollzeittätigkeiten.

„Wie hoch ist Ihr monatliches Bruttoentgelt?“



Die weiblichen Befragten in der Windenergiebranche arbeiten in Bereichen mit überdurchschnittlichem Einkommen.

Überstunden und lange Regelarbeitszeiten

Entgelterhebung in der Windkraft- und Solarindustrie zeigt: Auf Basis einer bereits hohen Regelarbeitszeit müssen zusätzlich vielfach Überstunden geleistet werden.

Selbst diese bescheidenen Einkommen erreichen die meisten Beschäftigten nur, indem sie regelmäßig Überstunden leisten. Mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer in Windkraft- und Solarindustrie arbeitet im Normalfall wöchentlich fünf Stunden, teilweise aber auch zehn Stunden und mehr über die individuell vereinbarte Arbeitszeit hinaus. Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese »Regelarbeitszeit« schon vergleichsweise hoch ist. Für knapp die Hälfte sind 40 Stunden die vertraglich vereinbarte Regel, für ein Viertel gilt die 35-Stunden-Woche, ein weiteres Viertel liegt dazwischen. Die Tendenz geht dabei deutlich in Richtung 40 Stunden.

Etwa die Hälfte der Beschäftigten in beiden Branchen arbeitet im Schichtdienst sowie regelmäßig auch an Wochenenden und Feiertagen. Auch hier sind die entsprechenden Zuschläge in den erfassten Bruttoentgelten bereits enthalten.

Dies verdeutlicht, wie niedrig die Basiseinkommen tatsächlich sind. In der Praxis bedeutet das: Fallen aufgrund von Auftragseinbrüchen Nachschichten und Sonntagsarbeit weg, wie es gerade in vielen Unternehmen der Fall ist, kann dies für die Beschäftigten heißen, dass sie mit zehn Prozent weniger Geld über den Monat kommen müssen.

Abstriche in der Lebensführung

Entgelterhebung in der Windkraft- und Solarindustrie zeigt: Einschneidende Abstriche in der Lebensführung sind fester Bestandteil eines erheblichen Teils der Beschäftigten.

»Ich habe genauso zu kämpfen wie ein Hartz-IV-Empfänger«

Soziale Nachhaltigkeit? Fehlanzeige. Ein Porträt aus der brandenburgischen Solarindustrie

Martina Gerhardt (Name geändert) ist Produktionsarbeiterin in einem brandenburgischen Solarbetrieb. Mit ihrem Vollzeitjob kommt sie auf 1500 Euro brutto - netto bleiben ihr knapp 1100 Euro übrig. Davon gehen drei Viertel für die laufenden Kosten drauf. Ihre Miete liegt bei 600 Euro. »Es kommt schon mal vor, dass ich am Ende des Monats da stehe und kein Geld mehr habe«, sagt sie. »Vor allem, wenn zusätzliche Ausgaben anstehen, etwa 60 Euro für eine Hose oder einen Pullover. Die muss ich mir dann leihen.«

Ansonsten kauft sie viel auf Raten – praktisch die komplette Wohnungseinrichtung: Fernseher, Küchengeräte, Waschmaschine. Auch ihr Auto, mit dem sie jeden Tag 30 Kilometer zur Arbeit fährt, muss noch abbezahlt werden. Getankt wird in Polen, weil dort der Sprit immer noch 40 bis 50 Cent billiger ist. »Man rechnet im Hinterkopf immer mit«, sagt sie. Und: »Ich habe genauso zu kämpfen wie ein Hartz-IV-Empfänger«.

Martina hat ein Kind und lebt mit ihrem - ebenfalls berufstätigen - Lebensgefährten zusammen. Ihr Sohn macht eine Ausbildung, bringt etwas Geld mit nach Hause und ist deshalb keine »Belastung« mehr.

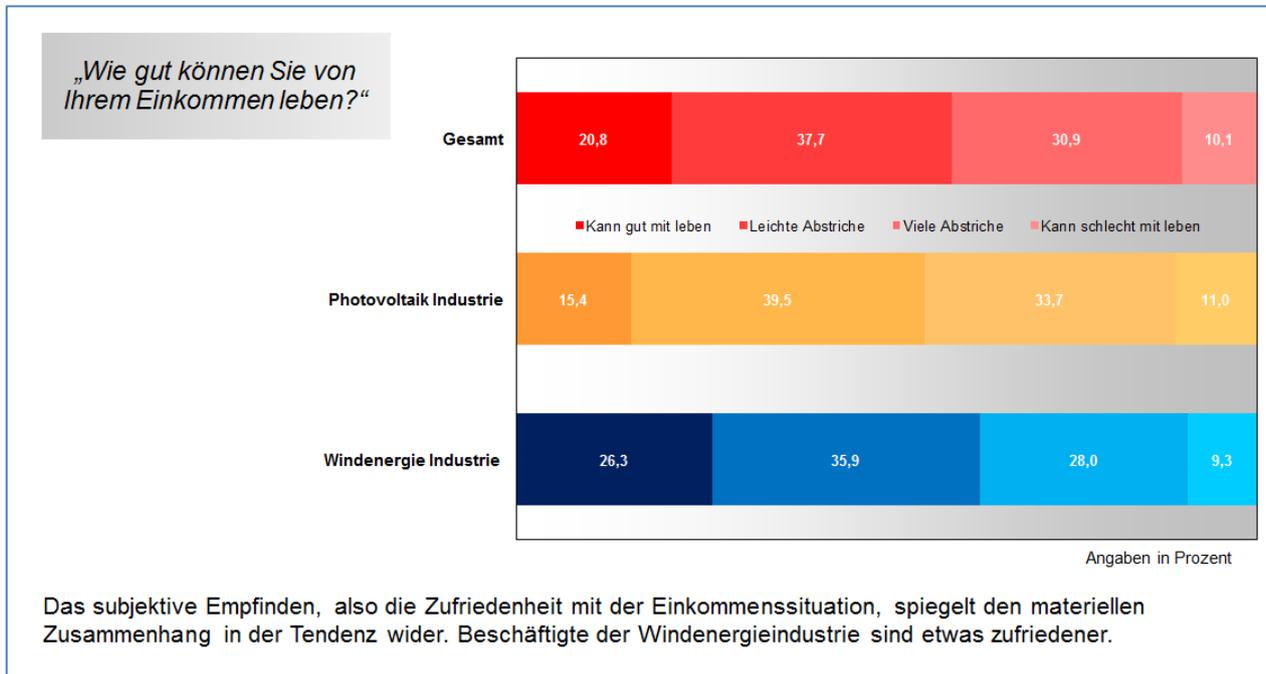
Im Kino war sie schon seit Jahren nicht mehr. Auswärts essen geht es zwei Mal im Jahr. Auch ein Bier mit Kollegen ist nicht drin. Mit Freunden trifft man sich zu Hause – aber auch das kostet Geld, ist also selten.

Gespart wird aber auch bei Grundnahrungsmitteln: »Entweder man will satt werden oder etwas gesundes essen«, sagt sie sarkastisch. Martina kauft grundsätzlich nur bei Harddiscountern wie Lidl, Penny oder Aldi ein - Brot oder Gemüse, aber für Gemüse reicht es nicht immer. Dann gibt es Brot, das macht satt.

Viele ihrer Kollegen haben einen Zweitjob: Sie räumen Regale in Supermärkten oder Drogerien ein, gehen putzen oder fahren Pizza aus. Viele, die Kinder haben, »stocken auf«, beziehen ergänzendes Arbeitslosengeld-II. Es gibt Unmut in der Belegschaft, aber die meisten äußern ihn nur hinter vorgehaltener Hand.

Martina trägt mit ihrer täglichen Arbeit zum Gelingen der Energiewende bei. Darauf ist sie stolz. Doch zu Hause kommt ihr Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken. »Ich würde gern Ökostrom beziehen«, sagt sie, »aber das können wir uns einfach nicht leisten.«

Insgesamt ist nur ein Fünftel der Beschäftigten beider Branchen der Ansicht, von ihrem Einkommen gut leben zu können. Fast die Hälfte der Arbeitnehmer in der Solarindustrie (44,7 Prozent) meint, damit nur »schlecht« oder »mit vielen Abstrichen« auskommen zu können.



Die Studie weist auch auf eine ausgeprägte soziale Spaltung innerhalb der Unternehmen hin. Zwischen den Einkommen in den Bereichen Verwaltung, Vertrieb/Außendienst und Forschung/Entwicklung einerseits und den Löhnen der Produktionsarbeiter klafft eine große Lücke. Selbst die untersten Gehälter der befragten Büroangestellten liegen noch über den Spitzenlöhnen der gewerblichen Beschäftigten. Während rund 60 Prozent der Produktionsarbeiter von ihrem Einkommen nur »schlecht« oder »mit vielen Abstrichen« leben können, empfindet die große Mehrheit der Beschäftigten in Vertrieb, Verwaltung und Forschung/Entwicklung ihre Einkommenssituation als »gut« bzw. muss »leichte Abstriche« machen.

Insgesamt ist die Situation der Beschäftigten in der Windkraftindustrie besser als in der Solarbranche. Dies dürfte auch daran liegen, dass es bei den Windkraftanlagenherstellern mehr und stärkere gewerkschaftliche Strukturen und eine insgesamt höhere Tarifbindung gibt, vor allem im Bereich der Zulieferer aus dem Maschinenbau. Dennoch liegen auch in der Windkraftbranche die Einkommen immer noch um die 20 bis 30 Prozent unter dem Niveau des Flächentarifvertrages der Metall- und Elektroindustrie – vor allem weil dort länger gearbeitet wird. Sachlich gerechtfertigt ist dies nicht. Die Tätigkeiten beim Bau von Windkraftanlagen unterscheiden sich nicht wesentlich vom klassischen Maschinen- und Anlagenbau. In der Solarindustrie sind die Differenzen in aller Regel noch höher.

Stichprobe und Kontakt

An der Umfrage beteiligten sich 1880 Beschäftigte aus 24 Unternehmen. Beim Großteil handelt es sich um Betriebe mit 100 bis 500 Beschäftigten. Die Studie kann zwar nicht als repräsentativ im strengen Sinne angesehen werden. Sie gibt aufgrund der ausreichend hohen Fallzahl jedoch einen validen Überblick über die aktuelle Lage der Beschäftigten der betreffenden Branchen. Der Befragungszeitraum lag zwischen Februar und Mai 2013.

Kontakt und Anforderung der Gesamtauswertung:

Dr. Sören Niemann-Findeisen
Soeren.niemann-findeisen@igmetall.de

Sascha Tremel
Sascha.tremel@igmetall.de

Anhang:

Interview mit Donald Magdanz, Betriebsratsvorsitzender bei Vestas in Lübeck

»Es geht um faire Arbeitsbedingungen«

Beschäftigte in der Windkraftindustrie wollen nicht schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen im klassischen Maschinen- und Anlagenbau. Ein Gespräch mit Donald Magdanz

F: Vestas ist einer der führenden Hersteller von Windkraftanlagen in der Welt. Das Unternehmen war bis zum letzten Jahr Weltmarktführer und ist jetzt auf Platz zwei. Geht der harte Konkurrenzkampf auf Kosten der Beschäftigten?

A: Grundsätzlich ja. Es ist aber in den verschiedenen Unternehmensteilen unterschiedlich. Es gibt bei Vestas in Deutschland kein einheitliches Entgeltsystem. Jeder Betrieb hat seine eigenen Bedingungen. Das Generatorenwerk in Lübeck ist 2004 von Vestas aufgekauft worden. Bis dahin galt für uns der Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie. Vestas gehörte nicht dem Arbeitgeberverband an und ist seither auch nicht eingetreten. So waren wir beim Betriebsübergang gezwungen, als Betriebsrat ein Entgeltsystem auszuhandeln. Dieses ist bei uns an das Entgelt-Rahmenabkommen (ERA) der Metall- und Elektroindustrie angelehnt. Möglich war dies nur durch geschickte Koppelungen verschiedener Betriebsvereinbarungen und gutes Verhandlungsgeschick des damaligen Betriebsrats unter der Führung eines langjährigen erfahrenen Vorsitzenden. Über die Jahre ist der Abstand aber immer größer geworden. Wir liegen inzwischen merklich darunter, viele Dinge sind nicht so gut geregelt. Bei uns im Betrieb ist es ist noch vertretbar, aber eine Anpassung wäre fällig. Entscheidender noch als die Höhe des Entgelts` für die Beschäftigten sind die vielen einschlägigen Rahmenbedingungen, die in Tarifverträgen geregelt sind, um Arbeitsplätze nachhaltig sicher zu gestalten.

F: Wie groß ist bei Ihnen in Lübeck der Abstand zum Metall- und Elektrotarifvertrag?

Das ist in den einzelnen Entgeltgruppen unterschiedlich, aber ich schätze im Schnitt ungefähr zehn Prozent. Ein Facharbeiter erhält bei uns so um 14 bis 15 Euro die Stunde. Wir arbeiten in der

Woche 38 bis 40 Stunden statt 35 wie in der Metall- und Elektroindustrie. Das 13. Monatsgehalt, das der Tarifvertrag hergibt, haben wir nicht.

F: Wie sieht es an den anderen deutschen Vestas-Standorten aus?

A: Außer dem Generatorenwerk in Lübeck betreibt Vestas eine Gießerei in Magdeburg mit gut hundert Beschäftigten, die Flügelproduktion im südbrandenburgischen Lauchhammer mit rund 400 Mitarbeitern und das Vertriebs- und Servicezentrum in Husum mit 1200 Beschäftigten, die zum großen Teil über verschiedene Stützpunkte im ganzen Land verteilt sind. Einige Unternehmensbereiche wie die Personal- und Finanzabteilung wurden im vergangenen Jahr outgesourct.

Die einzelnen deutschen Standorte unterscheiden sich, was die Entgeltbedingungen angeht, ganz erheblich. Man kann ein Ost-West-Gefälle ausmachen. Bei uns in Lübeck wird am besten gezahlt. Die Kollegen in Magdeburg verdienen wesentlich weniger, die werden unterdurchschnittlich bezahlt. Es handelt sich um körperlich schwere Arbeit, bei starker Hitze - dafür ist die Bezahlung nicht angemessen. Auch in Lauchhammer ist die Entlohnung niedrig. Dort gibt es praktisch keine anderen Arbeitgeber, die Leute sind froh, dass sie überhaupt Arbeit haben.

F: Werden die großen Entgeltdifferenzen zwischen den einzelnen Standorten als Problem angesehen?

A: Das Lohngefälle innerhalb des Unternehmens ist ein zentrales Thema. Es gibt viel Kommunikation zwischen den einzelnen Standorten, gerade dank der engen Kooperation mit der IG Metall. Und wie man am Beispiel REpower gesehen hat, ist es möglich, Druck auszuüben und die Dinge zu verändern, wenn man sich entsprechend organisiert.

F: Würden die Kollegen einen Tarifvertrag als Verbesserung ansehen?

Vor dem Hintergrund der Krise wächst vor allem der Wunsch, die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Es geht nicht darum, dem Arbeitgeber die Wettbewerbsfähigkeit kaputt zu machen, sondern faire und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das würde die Motivation der Mitarbeiter erhöhen. Aus unserer Sicht ist das für beide Seiten ein guter Weg.

F: Warum machen Windkraftunternehmen, die so viel technologische Erfahrung haben wie Vestas, die die Märkte kennen, an der Spitze mitspielen und im Großen und Ganzen gut aufgestellt sind, trotzdem Verluste?

A: Die politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende sind momentan nicht optimal. Es gibt keine Planungssicherheit für die Investoren. Viele Aufträge, mit denen man schon gerechnet hatte, kamen deshalb nicht zustande. Gleichzeitig findet ein verschärfter Wettbewerb statt. Alle Unternehmen versuchen, die Kosten zu senken, um am Markt bestehen zu können.

F: Was müsste sich ändern?

Die Energiewende sollte europaweit angegangen werden, die Politik müsste den Netzausbau und die Anbindung von Offshore-Windparks stärker unterstützen und in die Hand nehmen. Realistisch gesehen wird sich daran bis zur Bundestagswahl wohl nichts zum Positiven ändern. Aber auch eine künftige Bundesregierung muss stärker in die Pflicht genommen werden. Und das geht nur, wenn wir als Betriebsräte und IG Metall Druck machen und unsere Vorschläge in die öffentliche Diskussion werfen.